



Resolution zur Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Als Delegierte der Mitgliedsorganisationen des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen und der ihr angeschlossenen Organisationen, die auf dem Sankt Annaberg versammelt sind, und als Vertreter einer großen Gruppe polnischer Bürger, die sich zu ihrer deutschen nationalen und kulturellen Identität bekennen, richten wir folgende Botschaft an unsere Mitglieder und die Regierungen Polens und Deutschlands.

Der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen spricht der polnischen Regierung mit der Bildungsministerin an der Spitze seinen Dank dafür aus, dass Deutsch als nationale Minderheitensprache ab dem 1. September 2024 wieder im Umfang von drei Unterrichtsstunden wiederhergestellt wurde. Dank dieser Entscheidung werden die Kinder der deutschen Minderheit in Polen wieder die gleichen Rechte genießen wie die Kinder anderer in Polen lebender nationaler und ethnischer Minderheiten.

In dem Bewusstsein, wie wichtig der Sprachunterricht für die deutsche Minderheitengemeinschaft in Polen ist, die aus historischen Gründen immer noch mit dem Problem der Weitergabe dieser Sprache im häuslichen Umfeld zu vermitteln, appellieren wir an die polnische Regierung, es nicht bei einer Rückkehr zu den Sprachrechten aus der Zeit vor der Diskriminierung zu belassen. In Zeiten der Globalisierung und des Verschwindens der Regionalismen nimmt die Bedeutung einer systemischen sprachlichen und kulturellen Bildung zu. Beispiele von Systemlösungen für die Minderheitenbildung in anderen europäischen Ländern zeigen, dass es möglich ist, dem Verschwinden von Minderheitensprachen entgegenzuwirken, aber dies muss wohlüberlegt und geplant geschehen. Die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen, die in Polen bereits 2009 ratifiziert wurde, bietet einen rechtlichen Rahmen dafür, wie der Schutz von Regional- und Minderheitensprachen in Europa aussehen sollte. Obwohl dieses Dokument in Polen seit mehr als 15 Jahren rechtsverbindlich ist, sind viele der darin enthaltenen Verpflichtungen noch nicht umgesetzt worden. Wir fordern daher die polnische Regierung auf, die Bestimmungen, der Charta und insbesondere die Empfehlungen des Ministerkomitees und der Sachverständigerausschuss des Europarates, die wiederholt auf konkrete Lösungen hingewiesen haben, als Verpflichtungen des Staates zu betrachten, die umgesetzt werden müssen.

Es sei wohlbemerkt, dass der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen 2022 das Dokument: „Der Weg zur sicheren Zukunft der deutschen Sprache“ verabschiedete, in dem darauf hingewiesen wird, wie die Bestimmungen der Charta im Umfeld der deutschen Minderheit umgesetzt werden sollten und warum die einschlägigen Maßnahmen dringend nötig sind. Wir wissen, wie sehr die deutschen Sprach- und Kulturkenntnisse in Polen heute gefährdet sind und deshalb appellieren wir, in diesem Bereich dringende Vorkehrungen zu treffen. Die meisten der darin enthaltenen Forderungen haben einen universellen Charakter und können auch anderen nationalen und ethnischen Minderheiten dienen. Wir hoffen auf Ihr Verständnis und Ihre Zustimmung zu unseren Postulaten.

Sankt Annaberg, den 10. Mai 2024